**Haushaltsrede 2025 LiGR Fraktion in der Gemeindevertretersitzung**

Sehr geehrter Damen und Herren

mit dem neuen Haushaltsplan für das Jahr 2025 legen wir als Gemeindevertretung den neuen finanziellen Fahrplan unserer Gemeinde fest. Doch nicht nur das, wir als Gemeindevertreter haben ebenfalls die Aufgabe, für das Wohl unserer Gemeinde einzustehen, die Menschen nicht zu spalten, sondern zusammen zu bringen. Frustration, durch steigende Kosten oder nicht eingehaltene Versprechen, gefährden dies allerdings.

Doch nicht nur die Bundespolitik, sondern auch das aktuelle Weltgeschehen trifft unsere Gemeinde Groß-Rohrheim. Die steigende Inflation, die Nachwirkungen von Corona, Kriege und die schwächelnde Wirtschaft stellen unsere Gemeinde immer wieder vor große Herausforderungen, die auch im Jahr 2025 zu bewältigen sind. Wichtig hierbei ist jedoch, dass wir mit unserem Haushaltsplan ein klares Ziel verfolgen, welches unsere finanziellen Mittel nicht ausreizt, sondern langfristig stärkt.

Der Haushaltsplan 2025 weist im Ergebnishaushalt ein Defizit von derzeit 1.636.825,-- € aus, was eine pro Kopf Verschuldung nur für das Jahr 2025 von rund 420 € ausmacht. Mit diesem Ergebnis können wir nicht zufrieden sein. Das Defizit lässt sich zwar mit unserer gebildeten außerordentlichen Rücklage ausgleichen, doch sollte der Zugriff auf die Rücklage nicht das Ziel sein. Daher ist unsere Haushaltsrede mit kritischen Fragen behaftet, da nun Zweifel aufkommen, ob dieser Haushaltsplan wirklich das Ziel unserer Gemeinde sein soll. Im letzten Jahr wurde uns noch ein Haushalt präsentiert, der vorsah, dass ab 2027 wieder ein ausgeglichener Haushalt zu erwarten ist. Laut Aussage des Bürgermeisters im letzten Jahr sollen die Gewerbesteuereinnahmen, die einen Großteil der Gesamteinnahmen der Gemeinde ausmachen, nachhaltig hoch bleiben und dadurch einen langfristigen positiven Haushalt sicherstellten. Nun wird uns allerdings ein Haushalt präsentiert, der das Ganze um 180 Grad dreht.

Die Form des Haushaltsplans 2025 samt dessen Vorbericht ist sehr übersichtlich und leicht verständlich dargestellt, wodurch alle Gemeindevertreter einen guten Überblick über unsere aktuelle Haushaltslage bekommen.

Positiv zu vermerken bleibt, dass die Förderung der Vereine durch die Vereinsförderung der Gemeinde Groß-Rohrheim sichergestellt ist, da die ehrenamtlichen Tätigkeiten in unserer Gemeinde unterstützt werden müssen.

Zudem begrüßen wir den Ansatz auf Beschaffung eines neuen Löschgruppenfahrzeugs für die Feuerwehr, da das aktuelle Fahrzeug bereits 29 Jahre alt ist.

Doch warum 1,6 Mio Euro Minus?

Die Gemeinde begründet dies, dass zusätzlich 1.000.000 € Mehrbelastung bei Rückstellungen eingetreten sind. Hier stellt sich jedoch die Frage, warum die Pensionsrückstellung i.H.v. 400.000 € nicht schon im Haushalt 2024 abgebildet wurde. Doch selbst ohne die Mehrbelastung der Rückstellungen, wäre unser Haushalt noch immer mit über 500.000 € im Minus. Die Mehrkosten der Pensionsrückstellungen stammen aus der Abwahl des Bürgermeister Berschs, die von SPD und BfGR mehrheitlich bestimmt wurde. Diese Kosten müssen sich die beiden Parteien zuschreiben.

Der Haushält lässt sich laut Verwaltung nur mit Erhöhung der Grundsteuer wieder positiv darstellen. Die Erhöhung auf den Nivielierungshebesatz i.H.v. derzeit 320 % ist in Ordnung, da hiervon auch entsprechende Förderungen bzw. Entlastungen abhängen. Aber eine weitere Erhöhung der Grundsteuer, die im Haushalt vom Bürgermeister gefordert wird, ohne sich Gedanken über Kosteneinsparungen in der Verwaltung zu machen, ist nicht gerechtfertigt und wird von uns klar abgelehnt. Hier wären wir wieder bei meinen Eingangsworten, die Frustration über Mehrbelastung bei der Bevölkerung.

Im Haushaltsplan 2025 und für fortlaufende Jahre wurde mit Zinserträgen i.H.v. 3 % gerechnet. Der Leitzins liegt jedoch aktuell schon bei 3 %, die Prognosen sagen derzeit fallende Zinsen voraus, warum wird mit so einer hohen Zinserwartung gerechnet? Bei geringen Zinseinnahmen würde sich das Haushaltsergebnis noch weiter verschlechtern. Wir beantragen hier die Zinserträge von 120.000,--€ auf 80.000,--€ zu kürzen.

Nun kommen wir zu den Personalkosten und dem Stellenplan. Im Haushalt werden Steigerungen der Personalkosten um 12 % dargestellt. Begründung des Bürgermeisters seien die steigenden Lohnkosten, dass stimmt jedoch nur teilweise, denn die neuen Tarifsteigerungen beinhalteten eine Steigerung von rund 6 %. Bei Betrachtung des Stellenplans findet man jedoch die Lösung. Im Stellenplan von 2024 auf 2025 werden Stellen in höhere Tarifgruppen eingruppiert, wodurch natürlich höhere Kosten entstehen. Da die Gemeinde eine faire Bezahlung aller Beschäftigen sicherstellen möchte, wurde in der Vergangenheit extra ein externer Dienstleister zur Bewertung der Stellen beauftragt. Dieser sah jedoch keine neuen Eingruppierungen vor. Wir reden hier über Mehraufwand von rund 200.000 €.

Nun kommen wir zu den Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen, welches in der Vergangenheit immer das Steckenpferd der SPD war. Jährlich wurden Kosteneinsparungen von pauschal 7 Prozent gefordert. Dieses Jahr bleibt diese Forderung aus, warum? Der Haushaltsplan präsentiert uns Kostensteigerungen von 14 %. Das ist jenseits der Inflation. Dies führt zu einer Mehrbelastung von rund 350.000 €. Mit diesem erheblichen Mehraufwand will der Bürgermeister eine Grundsteuer Erhöhung begründen, weil durch Verwaltung das Geld mit offenen Händen ausgegeben wird?

Der außerordentliche Ertrag von der Baugenossenschaft Ried, wie im Haushalt dargestellt, weist in der Bilanz eine Rücklage von 103.000 € auf. Diese wurde jedoch nicht aufgelöst. Warum? Somit hätten wir keine 50.411 € Ertrag, sondern einen Fehlbetrag aus Kapitalforderungen i.H.v. knapp 50.000€ (49.589€). Somit ist auch die Bilanz falsch. Wir beantragen hier die Korrektur der Rücklagen und um eine Korrekturbuchung des Fehlbetrags aus Kapitalforderungen.

Einnahmen des Ordnungsamts mit 15.000 € aus Strafzetteln ist aus unserer Sicht sehr optimistisch berechnet. Dies wären bei einem Durchschnittsbetrag von 25 € je Strafzettel, insgesamt 600 Strafzettel die im kommenden Jahr ausgestellt werden müssten. Das Ordnungsamt kostet unserer Gemeinde laut Haushalt 2025 rund 160.000 Euro. Im Jahr 2023 lagen hier die Kosten noch bei 40.200 €. Was haben wir jetzt dabei gespart? Für das Kfz-Ordnungsamt beantragen wir den Ansatz von 50.000 € auf 30.000 € zu reduzieren. Zudem beantragen wir den Ansatz bei den Einnahmen aus Strafzetteln von 15.000 € auf 7.500 € zu reduzieren.

Nun kommen wir zum Thema Abschreibungen. Diese wurden offensichtlich im Haushaltsplan 2025 und auch in den Folgejahre komplett vergessen. Die Abschreibung des Gemeindeanteils für die Erneuerung der Kornstr., die im Jahr 2025 fertiggestellt wird, taucht im Haushalt überhaupt nicht auf. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 1,2 Mio €. Wie kann sowas nicht berücksichtigt werden? Auch die Abschreibung des Bewegunsparcours/Sportplatz sucht man vergeblich. Zudem müsste für 2025 noch die Abschreibung für das Kfz-Ordnungsamt und in den fortlaufenden Jahren die Abschreibung auf das Feuerwehrgerätehaus berücksichtigt werden. Laut Aussage des Bürgermeisters, seien doch im Haushalt keine Fehler. Wie vertrauenswürdig sind solche Aussagen denn nun, wenn es um andere Themen geht? Wir beantragen die Abschreibung für die Erneuerung der Kornstraße und den Bewegungsparcour zu berücksichtigen. Zudem beantragen wir die Streichung der Kosten für die Entwicklung des Geländes Kirsch, da dies in 2025 mit Sicherheit nicht kassenwirksam wird.

Aufgrund dieser klaren Fehler im Haushalt und in der Bilanz kann dem aktuellen Zahlenwerk nicht zugestimmt werden. Es ist mit erheblichem Mehraufwand zu rechnen, wodurch der Haushalt noch defizitärerer ausfällt als er jetzt schon ist. Somit sind Haushaltsprognosen in den folgenden Jahren durch fehlende Abschreibungen ebenfalls negativ, und das obwohl sämtliche Rücklagen verbraucht sind und der Bürgermeister die Grundsteuererhöhung hier bereits berücksichtigt hat. Wie viel höher, will man denn die Grundsteuer in Zukunft erhöhen, nur um ein wahlloses Geldausgeben, zu finanzieren? Einen solch hoch defizitären Haushalt für das Jahr 2025 und folgende gab es in Groß-Rohrheim so noch nicht. Dies als Bilanz für den ersten Haushaltsplan, den du Karsten, zu verantworten hast, sollten große Zweifel aufkommen lassen. Uns hat hier vor allem die Stille der beiden Fraktionen SPD und BfGR verwundert, da in der Vergangenheit bei weitaus weniger defizitären Haushalten, ausgiebige Diskussionen geführt worden sind.

Ich möchte meine Haushaltsrede mit den Worten des Bundes der Steuerzahler beenden:

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.